

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft



ZdK

26. Jg. Nr. 6  
Dezember 2020

## Editorial

### Ein spätes Happy End

Die letzte Ausgabe der Salzkörner des Jahres 2020. Zurückschauend erinnern wir uns an vieles, das uns gesellschaftlich und persönlich nicht möglich war. Aber es bleibt auch das Wissen um die besonders kostbaren Momente, in denen wir beschenkt wurden. Der Blick nach vorne sagt uns, dass unsere gottesdienstlichen und familiären Rituale zu Weihnachten und Silvester in diesem Jahr besonders herausgefordert werden. Zu den kleinen Silvestertraditionen, die wir uns als Familie geschaffen haben, gehört die Übertragung des Silvesterkonzerts der Berliner Philharmoniker. Wenige Wochen nach den US-Präsidentenwahlen denke ich an das Silvesterkonzert von 2017 zurück, als Rattle ein kleines Stück von Gershwin spielen ließ. „Take care of this house / keep it from harm / Care for this house / Shine it by hand“ – so wird das titelgebende Weiße Haus besungen. Am Ende des ersten Amtsjahres von Donald Trump platzierten die Philharmoniker eine Botschaft der Hoffnung, die sich aus heutiger Sicht nicht entfaltet. Dass nun ein Präsident und eine Vizepräsidentin in die 1600 Pennsylvania Avenue einziehen, die tatsächlich Schaden abwenden und einem Land zu neuem Glanz verhelfen wollen, ist ein spätes Happy End des Silvesterabends 2017. Weltweit müssen wir auf das demokratische Haus und seine Fundamente achtgeben: Der Trumpismus kennt viele Schattierungen und nationale Übersetzungen. Eine Folge von anhaltender Polarisierung und Verschärfung der öffentlichen Debatte ist das Phänomen Islamfeindlichkeit in Deutschland. Mit der Erklärung „Nein zu Hass und Hetze“ hat der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK eine fundierte Analyse mit Empfehlungen vorgelegt. Ein Text, den ich Ihnen allen sehr ans Herz lege.

Während uns 2020 gelehrt hat, „ein neues Normal“ einzustudieren, wünsche ich uns für das neue Jahr, wieder mehr vom „alten“ Normal zu erleben: mehr Begegnung, mehr Zuversicht, mehr gute Nachrichten. Bleiben Sie behütet!

Marc Frings

## Inhalt

- "Nein zu Hass und Hetze – Christen und Muslime  
gemeinsam gegen Islamfeindlichkeit" \_\_\_\_\_ 2**  
Zur Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ beim ZdK  
[Hamideh Mohagheghi, Christian Ströbele](#)
- Da kam dann einer, der hat's einfach gemacht! \_\_\_\_\_ 4**  
Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare  
[Rainer Gottschalg](#)
- Unser gemeinsames Haus \_\_\_\_\_ 6**  
Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand  
[Brigitta Herrmann](#)
- Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU \_\_\_\_\_ 8**  
Was lange währt, wird endlich gut?!  
[Sarah Schulte-Döinghaus](#)
- Stark und kreativ angesichts der Krise \_\_\_\_\_ 10**  
Katholische Erwachsenenbildung in Deutschland unter Corona-Bedingungen  
[Elisabeth Vanderheiden](#)
- Mehr was feiern wir und weniger wie ... \_\_\_\_\_ 12**  
[Christoph Stender](#)

## „Nein zu Hass und Hetze – Christen und Muslime gemeinsam gegen Islamfeindlichkeit“

Zur Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ beim ZdK

**Im Vorfeld des Katholikentags 2016 stellte der aus 20 Christ\*innen und Muslim\*innen bestehende Gesprächskreis die Erklärung „Keine Gewalt im Namen Gottes!“ vor. Deren Position war eindeutig: Gott für Gewalttaten zu vereinnahmen, ist Gotteslästerung – Christentum und Islam verlangen dagegen den Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden und für das Wohl der Gemeinschaft! Auf diese Erklärung gab es sehr unterschiedliche Reaktionen: Es gab viel Zuspruch, und der Text wurde zu unserer Freude auch später in der Bildungs- und Dialogarbeit eingesetzt. Wenige Minuten und Stunden nach der Veröffentlichung erreichten jedoch das ZdK auch eine Fülle an Zuschriften voller Aggressionen, Beleidigungen, Beschimpfungen und Menschenverachtung. Der Bericht in den Salzkörnern (22. Jg./Nr. 4 vom August 2016) bemerkt den Gegensatz: Auf einen Text, der sich gegen Gewalt ausspricht, folgt verbale Gewalt; auf einen Appell zur verstärkten Friedensarbeit von Christen und Muslimen folgen muslimfeindliche Stereotype – beides nicht selten „mit der Berufung auf ein spezielles Verständnis des Christentums“.**

Christ\*innen können möglicherweise solche textlich vermittelten Reaktionen als befremdlich, erschreckend und nachdenklich stimmend einordnen. Für die Muslim\*innen sind sie konkrete Lebensrealität, die sie real erfahren: Herabsetzungen und Übergriffe nicht nur verbaler Art sind an der Tagesordnung, und sie werden nicht nur vermittelt oder von Unbekannten erfahren, sondern unmittelbar und auch von Mitschüler\*innen oder von Menschen aus der Nachbarschaft. Muslim\*innen erfahren Diskriminierungen, Vorurteile und Hass in vielen Formen und an vielen Orten: bei der Wohnungssuche, im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, bei Behörden und so weiter.

Wir formulierten schon 2016: „Feindbilder sind zu erkennen und zu überwinden“. Und wir warnten davor, „dass Islamfeindlichkeit in unserer Gesellschaft akzeptiert wird. Islamfeindlichkeit ist ebenso unchristlich wie Judenfeindlichkeit. Beides ist menschenverachtend und zerstört die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben.“ In den letzten Jahren hat der alltägliche antimuslimische Rassismus (wie auch der Antisemitismus) verstärkt zugenommen. Deshalb sahen wir es als notwendig an, als Gesprächskreis und auf der Grundlage unserer Dialogerfahrungen diesen Feindbildern entgegenzutreten. Denn sich gegen Hass, Hetze und Diskriminierung zu engagieren, braucht unser aller Engagement. Nicht zuletzt stehen auch Christ\*innen dabei in besonderer Verantwortung. Dies nicht nur, weil Islamfeinde sich auch auf christliche Motive berufen und weil einem solchen Missbrauch widersprochen werden muss, sondern auch, weil es ein religiös (christlich und islamisch) tief verankertes Grundmotiv ist, Gerechtigkeit und friedvolles Zusammenleben zu befördern.

### Bei Komplikationen im Gespräch bleiben

Die entstandene Erklärung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Ringens über viele Monate. Ein schwieriger Prozess, der zeigt, dass es nicht nur gelingen kann, sondern auch zur Ausgewogenheit beitragen kann, wenn die unterschiedlichen Wahrnehmungen vermittelt werden. Es zeigt auch, dass es sich lohnt, gerade bei Komplikationen im Gespräch zu bleiben und sich gemeinsam voranzuarbeiten.

Unsere Erklärung erscheint nun nicht nur in einem hochpolarisierten und vergifteten Umfeld. Sie kommt heraus in zeitlicher Nähe zu brutalen Gewalttaten religiöser Fanatiker. Auch da zeigt sich nochmals die Aktualität unserer Erklärung von 2016, in der wir u. a. schrieben: „Die friedliebende Mehrheit [der Muslime] weiß um ihr beschädigtes Ansehen und stellt sich kritischen Anfragen. Denn sie erfährt tagtäglich die breite Hinnahme ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung und die Akzeptanz der Vorverurteilung in allen Milieus und Schichten. Die friedliebende Mehrheit distanziert sich von Gewalt.“

Es mag sein, dass die aktuellen Gewalttaten, die von Muslimen ausgehen, der Anlass für die wieder lauter werdenden Rufe nach Distanzierungen sind. Dabei erfolgt

diese „Distanzierung“ in großer Zahl und auch in gemeinsamen interreligiösen Aktionen. Hier ist auch eine Dynamik zu bedenken, die Navid Kermani so beschreibt: „In dem Augenblick, in dem ich mich distanzriere, billige ich dem Gegenüber das Recht zu, mich zu verdächtigen.“ Es ist notwendig, solche Verdächtigungen zurückzuweisen und sich konstruktiv mit Polarisierungen und mit Konflikten in ihrer religiösen, ethnischen und politischen Dimension auseinanderzusetzen. Das gilt auch oder gerade, wenn solche Konflikte aus dem Ausland nach Deutschland getragen werden.

## **Gemeinsam gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Hass**

Es bleibt ebenso notwendig, uns für unsere freiheitliche demokratische Werteordnung als verbindlichen Maßstab des Handelns einzusetzen und deren Gegnern, seien sie politisch oder religiös motiviert, entschieden entgegenzutreten. Es ist eine Aufgabe für die Religionsgemeinschaften, deutlich zu machen, welche theologischen Gründe dem Missbrauch religiöser Motive für Unterdrückung und Gewalt entgegenstehen. Die unterstellte Verbindung von Islam und Gewalt ist nur eines von mehreren Problemfeldern, die unsere Erklärung behandelt. Andere Themen sind das Verhältnis zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Religionsfreiheit, das Verständnis traditioneller Normbestände („Scharia“), Frauenrechte und die Vielfalt sexueller Orientierungen sowie Antisemitismus.

Unsere Absicht ist es dabei nicht nur, auf die verbreiteten problematischen Ansichten über den Islam aufmerksam machen und einige Grundmuster aufzuzeigen, die zur Entstehung von antimuslimischem Rassismus beitragen. Zugleich möchten wir auch zeigen, dass uns die gemeinsame sachliche und konstruktive Arbeit an Kritik, die für jede Religion notwendig und heilsam ist, verbindet. Es ist keine Frage, dass die behandelten Kritikpunkte auf Missstände hinweisen, die es unter den Muslim\*innen gibt. Problematisch wird es, wenn eine solche Kritik pauschalisiert und gezielt angewandt wird, um „den Islam“ zu disqualifizieren und ihn als nicht kompatibel mit den westlichen Werten und den modernen Lebensweisen anzuprangern.

Unser Anliegen in der Erklärung ist es, Gesellschaft, Politik und Religionsgemeinschaften für die zunehmende

Islamfeindlichkeit stärker zu sensibilisieren und ein besseres wechselseitiges Verstehen anzustreben, um gemeinsam gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Hass einzutreten. Die Erklärung soll auch Wege weisen für gemeinsames Handeln, das die Solidarität und Verständigung in unserer Gesellschaft voranbringt. Offenheit und die Bereitschaft zu Begegnung und Dialog auf Augenhöhe, auch zu einer kritischen Betrachtung der eigenen Position, sind wichtige Schritte, um Formen der Diffamierung zu erkennen und diesen zu entgegnen. Dazu sind alle gefordert – denn es geht um Menschenwürde und den Erhalt der offenen Gesellschaft.

Religiöse Vielfalt ist eine Herausforderung und eine Chance zugleich. Die Chancen können in den nachbarschaftlichen Beziehungen entdeckt und vertieft werden. Ein wichtiger Erfahrungs- und Lernort ist die Schule, in der die Kinder und Jugendlichen die kulturelle und religiöse Vielfalt kennenlernen. Ähnliches gilt für die Jugendarbeit und örtliche Projekte, die sich gemeinsamen Zielen und Anliegen widmen. Es gibt bereits viele positive Beispiele für ein gelingendes Miteinander. Muslim\*innen sind dabei in vielfältiger Form Partner\*innen in der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Wahrnehmung gilt es, auch im öffentlichen Bewusstsein und in medialen Darstellungen zu bestärken.

Wir hoffen, dass unsere Erklärung Anstöße gibt für die Arbeit in den christlichen und muslimischen Gemeinden, in Bildungseinrichtungen und Schulen. Sie kann verwendet werden als eine Grundlage und Anregung für die Auseinandersetzung mit einem ernstzunehmenden Thema in unserer Gesellschaft. In einer guten Streitkultur, die vielerorts noch zu entwickeln ist, können auch schwierige Themen ohne Polemik, Schuldzuweisungen und gegenseitige Diffamierungen besprochen und es kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

### **Dr. Hamideh Mohagheghi**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften für die islamische Theologie an der Universität Paderborn

### **Dr. Christian Ströbele**

Leiter des Fachbereichs Interreligiöser Dialog an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

## Da kam dann einer, der hat's einfach gemacht!

Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare

**Gut fünfeinhalb Jahre steht für das ZdK nun schon ein Thema auf der Agenda, das es eigentlich nicht geben dürfte: Im Jahr 2015 hat die Vollversammlung den Beschluss „Zwischen Lehre und Lebenswelt Brücken bauen. Familie in der Welt von heute“ gefasst. Als eine konkrete Brücke wurde u. a. „die Weiterentwicklung von liturgischen Formen, insbesondere der Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare“ genannt. Nun endet das Jahr 2020 und es hat sich in diesem Themenfeld sehr viel getan.**

Ein wichtiger Katalysator war die Tagung *Gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Fokus der Pastoral*, die im Juni 2018 gemeinsam von der Katholischen Akademie Hamburg und dem Ludwig Windthorst Haus in Lingen (Bistum Osnabrück) veranstaltet wurde. Hier hat ein Netzwerk zueinandergefunden, das sich in zwei Arbeitsgruppen organisieren sollte. Die eine war die Ad-hoc-AG im Sachbereich *Familie* des ZdK. Im Januar 2019 durch den ZdK-Hauptausschuss eingesetzt, lautete ihre Aufgabe, einen Argumentationstext zu erarbeiten, der eine Theologie der Beziehung unter Einbindung des Segens für Paare, die derzeit von den liturgischen Riten der Kirche ausgeschlossen sind, erschließt. Die Ergebnisse wurden von der ZdK-Vollversammlung als Erklärung verabschiedet und sind u. a. in der Broschüre *Segen schenken. Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare* veröffentlicht.

### Hohe Aufmerksamkeit

In demselben zeitlichen Zusammenhang hat sich eine hohe Aufmerksamkeit eingestellt, die hier kurz beleuchtet werden soll: Seitens des Bistums Limburg etwa hat es im Jahr 2019 zwei Hearings und eine Fachtagung dazu gegeben. Die Erfahrungen und Lerneffekte aus all diesen Bemühungen fließen mit in eine Handreichung ein, die von den (Erz-)Diözesen der Metropole Hamburg (Hamburg,

Hildesheim und Osnabrück) sowie den Bistümern Limburg und Essen erarbeitet wird. Natürlich wird diese Situation auch wissenschaftlich begleitet, etwa durch Benedikt Kranemann und Julia Knop (Erfurt), Gerhard Volgger und Florian Wegscheider (Linz, Österreich) oder Stephan Goertz (Mainz) und Christof Breitsameter (München), die just in diesem Jahr mit spannenden Publikationen aufwarten können.

Die Herbert Haag Stiftung für Freiheit in der Kirche (Luzern, Schweiz) hat mit ihrer Preisvergabe 2020 „die konstruktive Auseinandersetzung mit sexueller Vielfalt ins Zentrum“ rücken wollen – so lautet es in der mit *Gottes Liebe ist bunt* betitelten Medienmitteilung der Stiftung. Ausgezeichnet wurde u. a. die Ökumenische Arbeitsgruppe *Homosexuelle und Kirche* (HuK). Nicht unerwähnt sollte auch das große Engagement und die viele Arbeit von Seelsorgenden sein. Die Produktivität eines an Freiheit und Liebe orientierten Denkens in der Kirche birgt hinsichtlich der Konsequenzen für ihre Handlungsfelder noch etliche Potentiale – aber dies nur als theologische Randbemerkung. Die Konflikte jedenfalls sind teils sehr hart: In Rom werden gerne Briefe an deutsche Theolog\*innen und Bischöfe geschrieben. Akteure stehen bisweilen in Abhängigkeitsverhältnissen. Im wissenschaftlichen und kirchenpolitischen Diskurs rückt eines aber zuweilen in den Hintergrund: nämlich die konkreten Menschen, die einen Segenswunsch haben und die lebendige Gottesbeziehung, die damit verbunden ist. Dabei fangen in den Erfahrungen der Menschen mit Gott überhaupt erst die Kirche und mit ihr auch jede Theologie an. Die Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung (AKF) schafft in dieser Hinsicht und aus der Arbeit ihrer AG, die zweite aus dem besagten Netzwerk, einen wertvollen Beitrag. Unter dem Titel *Paare.Riten.Kirche. Wenn eine katholische Trauung nicht möglich ist: liturgische Beispiele, gesammelt und kommentiert*<sup>1</sup> gibt sie auf 235 Seiten genau dem Raum: der Beziehungs- und Glaubensrealität dieser Paare. Eine kur-

<sup>1</sup> Hrsg. v. Stefan Diefenbach, Lucia Lang-Rachor, David Walbelder und Barbara Wolf (Bonifatius / Paderborn 2020).

ze Einführung der Herausgebenden und ein Vorwort des Ansprechpartners der Deutschen Bischofskonferenz für den Arbeitskreis der LGBTI\*-Pastoral, Weihbischof Ludger Schepers (Essen), holen in die Diskussion hinein und stellen den Fokus auf den pastoralen Bedarf. Darauf folgt eine Einleitung, mit der die Publikation eingeordnet und ihre Methode vorgestellt wird.

Hier liegt das Proprium: Es wird ein deskriptiver Ansatz verfolgt, weshalb die Herausgebenden selbst von einer „explorativen Studie“ sprechen. Sie gehen also raus ins Feld und schauen, was sie entdecken können. Darum darf es nicht wundern, wenn zwei Drittel des Umfangs den 32 Beispielen von Segensfeiern verschiedenster Paare gewidmet sind (Teil 2). Der korrespondierende Teil 1 gibt im Vorfeld Tendenzen wieder, die sich in den Beispielen abbilden, und hilft so, den Leseindruck etwas zu strukturieren und rote Fäden zu markieren. Dabei geht es um Abläufe und Kontexte (Kapitel 1), den Ort der Feier (Kapitel 2), den Segen (Kapitel 3) und die verwendete Symbolik (Kapitel 4).

## Zeugnisgestalten

Lesenswert ist die Sammlung aus mindestens zwei Gründen. Sie ist sowohl im Ansatz als auch im Umfang beispiellos. Da Segensfeiern dieser Art prekariert sind und infolgedessen eine fragmentierte Praxis darstellen, gab es bislang keinen größeren Austausch und also auch kein Überblickswissen. Diesen Informationsbedarf deckt die AKF nun ab. Was sich den Leser\*innen darin bietet, ist durchaus beeindruckend und wird durch die zurückhaltende Rahmung der Herausgebenden zusätzlich betont. Indem auf Theoretisierungen und Schablonen verzichtet wird, treten die Beispiele umso deutlicher in Erscheinung. Es werden Zeugnisse der Liebe gegeben, die sich in und durch eine lebendige Gottesbeziehung getragen wissen. Diese Bezüge werden rituell ausgestaltet und kreativ be-

arbeitet, ganz im Bewusstsein der eigenen Lebenswirklichkeiten. Es geht nicht um Imitationen oder Ableitungen, sondern um eine eigene Antwort auf die Anrede und den Zuspruch Gottes. Damit entwickeln die Beispiele eine theologische Qualität. Denn im gemeinsamen Bekenntnis der Paare und in der Gemeinschaft der Feiernden wird die Lebensmacht Gottes mittel- und erfahrbar.

Im Vorwort heißt es noch: „Wenn der Ruf nach Segen lauter wird, sind Anregungen aus der Praxis ein wichtiger ergänzender Baustein für den theologischen Diskurs.“ Damit wird ein Paradox und ein revolutionärer Zug markiert. Was verboten ist, soll sich aus sich selbst legitimieren – was im Ansatz mit der Legitimität des Verbotenen rechnet. Damit ist die Revolution im Denken bereits angedeutet, darum setzt sie nicht im lauten Knall an. Wenn es von katholischer Seite oft heißt „Das geht nicht, ist noch nie gegangen“, wird genau an der Realität vorbeigesprochen. Der pastorale Bedarf ist da und wo es keine oder keine produktiven Antworten dazu gibt, greift eine kreative Gestaltung solcher freien Räume. Die Veränderungen beginnen im Kleinen und sie beginnen im Heute. Das, was nicht geht, geht dann so lange nicht, bis jemand kommt und es macht. Indem die Beispiele für sich selbst sprechen dürfen, deuten sie ihre transformative Kraft an. Wie Paulus den Philemon bittet (vgl. Phlm), den Sklaven Onesimus als Bruder zu behandeln, wird in der Hausgemeinschaft der im Glauben Getragenen Anstoß zu einer institutionellen Veränderung gegeben – aber das sei zum Abschluss nur eine biblische Randbemerkung.

| Dr. Rainer Gottschalg

Persönlicher Referent des Generalsekretärs im  
ZdK und Referent für den Synodalen Weg

## Unser gemeinsames Haus

Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand

**Das Abkommen zwischen der EU und den Staaten des „gemeinsamen Marktes des Südens“, Mercosur, zu denen aktuell Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay gehören, wurde 20 Jahre lang verhandelt. Im Juni 2019 erklärten beide Parteien die Verhandlungen für abgeschlossen. Anschließend regte sich massiver Protest, der von breiten Teilen der Gesellschaft getragen wird. Denn es wurde schnell deutlich, dass die Umsetzung des Abkommens die bereits jetzt in enormem Ausmaß voranschreitende Abholzung des Amazonas-Regenwaldes noch weiter vergrößern und damit den Klimawandel beschleunigen würde, insbesondere auch durch die beabsichtigten steigenden Handelsströme zwischen der EU und den Staaten des Mercosur.**

Die Verhandlungsdelegationen in beiden Regionen scheinen von den weltweiten Bemühungen um die Begrenzung des Klimawandels auf ein Niveau, das noch beherrschbar ist, nichts mitbekommen zu haben. Spätestens seit dem Jahr 2015 müsste der Ernst der Lage jedem klar sein. Papst Franziskus hat die Enzyklika „Laudato si“ vorgelegt, in der er alle Menschen auffordert, sich der Sorge um „unser gemeinsames Haus“, unsere Erde, anzuschließen. Er kritisiert vor allem die „Wegwerfkultur“, die zu enormen Müllbergen und zur Missachtung der Grundlagen des Lebens auf der Erde geführt hat.

Dagegen sei ein Umdenken dringend erforderlich, welches zu einer integralen Entwicklung führen müsse, die ein Leben im Einklang mit den Mitgeschöpfen und im Rahmen der Grenzen der Erde ermöglicht. Papst Franziskus stellte die Enzyklika auch auf der UN-Generalversammlung vor. Diese hat auf derselben Sitzung die Sustainable Development Goals beschlossen und alle staatlichen und privaten Akteure aufgerufen, alles ihnen Mögliche zu tun, um zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele bis zum Jahr 2030 beizutragen. Zusätzlich einigten sich im selben Jahr die meisten Länder der Welt auf dem Klimagipfel in Paris auf die Begrenzung des Temperaturanstiegs im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2 Grad.

### EU und Mercosur haben Weltklimaabkommen ratifiziert

Um die Klimaziele zu erreichen, haben sich alle Länder dazu verpflichtet, selbstbestimmt Beitragsziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu definieren und kontinuierlich zu verstärken. Die EU und alle ihre Mitgliedsländer sowie auch alle Mitglieder des Mercosur haben das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Die EU will bis 2050 klimaneutral werden und ist dabei, das bisher für 2030 gesetzte Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn sie in der Praxis umgesetzt werden. Und da liegt das größte Problem beim EU-Mercosur-Abkommen.

Die Staaten des Mercosur liefern vor allem große Mengen an Fleisch und Viehfutter und zum Beispiel auch Ethanol aus Zuckerrohr in die EU. Sie würden diese Exporte bei Wegfall der Zölle durch das EU-Mercosur-Abkommen gerne ausweiten – für diese erhöhten Exporte käme es dann auch zu einer noch stärkeren Rodung des Regenwaldes. Denn freie Landflächen würden den verstärkten Anbau von Viehfutter und Zuckerrohr ermöglichen und könnten auch als Weidefläche für Vieh dienen. Die EU exportiert vor allem Maschinen und Autos. Auch gerade deutsche Automobilhersteller würden gerne ihre Exporte in den Mercosur erhöhen. Aktuell produzieren sie wegen der hohen Zölle noch stark vor Ort. Bei Wegfall der Zölle würden viele Autohersteller vermutlich mehr exportieren und weniger vor Ort produzieren.

### Ist die Ausweitung dieser Exporte positiv und notwendig?

Bisher hat beispielsweise Brasilien, das mit Abstand größte Land des Mercosur, viele Bestimmungen, die sicherstellen sollen, dass möglichst viel Wertschöpfung vor Ort zur Entwicklung des Landes beiträgt. So gibt es große Steuernachlässe, wenn bei der Herstellung von Autos 60 Prozent „lokaler Inhalt“ in Form von Vorprodukten oder von lokalen Beschäftigten vorgewiesen werden kann. Würden die deutschen Autohersteller ihre Produkte exportieren statt vor Ort zu produzieren, fielen diese positiven Entwicklungswirkungen weg.

Im Hinblick auf die Fleischexporte in die EU stehen den meisten sicherlich noch die Bilder der Proteste der Bäuer\*innen im Jahr 2019 in Deutschland vor Augen, die

sich klar gegen das Abkommen mit dem Mercosur wandten. Erhöhte Exporte aus Südamerika würden das Angebot vergrößern und zum Absinken der Preise führen. In der Folge würden die Einnahmen der deutschen und europäischen Landwirt\*innen sinken – und dabei haben besonders die kleinen und mittleren unter ihnen auch bisher schon Schwierigkeiten, ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Niedrige Preise für Fleisch könnten dazu führen, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen den Konsum ausweiten – dies ist mit dem EU-Mercosur-Abkommen sicher auch beabsichtigt. Für das Klima wäre das jedoch sehr nachteilig. Nach Einschätzung des Weltklimarates (IPCC 2019, 79) wäre es zur Erreichung der Klimaziele dagegen sehr hilfreich, wenn der Fleischkonsum eingeschränkt würde. Dies würde neben der Verringerung der durch die Tiere verursachten Treibhausgasemissionen auch zur Verringerung des Wasserverbrauchs für Tiere und Futterpflanzen führen und würde ermöglichen, auf den frei gewordenen Flächen beispielsweise die Wiederaufforstung von Wäldern zu ermöglichen, statt sie zu roden.

Es scheint, dass die Unterhändler des Abkommens sich vor allem daran orientieren, ob der Handel ausgeweitet werden kann und außer acht lassen, was für Konsequenzen das für die Umwelt, das Klima und die Entwicklung hat. Ökonomische Grundlage dafür ist die Theorie der komparativen Kostenvorteile, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde. Gemäß der Theorie sollen sich zwei Länder, die Handel miteinander betreiben, jeweils auf die Produktion derjenigen Güter konzentrieren, die sie günstiger produzieren können. Dann können beide Länder mehr Güter produzieren und es können mehr Güter konsumiert werden. Auswirkungen auf das Klima sind dabei nicht einkalkuliert. Was zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch verständlich war, passt heute nicht mehr. Denn ohne Berücksichtigung der Wirkungen auf das Klima zerstören wir nicht nur die Möglichkeiten zukünftigen Wirtschaftswachstums, sondern auch des Überlebens auf der Erde überhaupt.

## Wie können Kriterien für die Aushandlung von Wirtschaftsabkommen heute aussehen?

Das ZdK hatte bereits 2015 anlässlich der Verhandlungen über TTIP, dem geplanten Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, Kriterien aufge-

stellt, die zum Teil auch an das Abkommen mit dem Mercosur angelegt werden können:

Als Erstes ist eine starke Transparenz der Verhandlungen vonnöten und eine breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, damit die Folgen auch tatsächlich adäquat abgeschätzt werden können. Zweitens müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Möglichkeiten menschlicher Entwicklung und soziale Gerechtigkeit müssen gefördert werden. Drittes Kriterium ist die Nachhaltigkeit. Sie muss gefördert und Beeinträchtigungen der Umwelt und des Klimas vermieden werden. Überflüssige Transporte sind zu vermeiden, die Kreislaufwirtschaft muss gefördert und mehr lokal produziert werden, damit Klimaneutralität bis 2050 erreicht und ein Überleben auf diesem Planeten für alle in Würde möglich bleibt bzw. wird.

## Fazit

Die Verhandlung von Wirtschaftsabkommen wie Mercosur müssen auf eine neue Basis gestellt werden, die von Anfang an Transparenz garantiert und soziale Gerechtigkeit, die Beachtung der Menschenrechte und die Auswirkungen auf das Klima einbezieht.

## Prof. Dr. Brigitta Herrmann

Theologin und Volkswirtin, Professorin für Globalisierung, Entwicklungspolitik und Ethik an der CBS International Business School, Mitglied des ZdK und Mitwirkung im ZdK-Sachbereich „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“

## Literatur

- EU Kommission (1. Juli 2019). New EU-Mercosur trade agreement. The agreement in principle. Brüssel, link: [https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc\\_157964.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf)
- IPCC (2019) Climate Change and Land, link: <https://www.ipcc.ch/report/srccl/>
- Müller, B. (2020). EU-Mercosur. Voran in die (Klima)-Krise. (Powershift). Berlin
- Papst Franziskus (2015): Enzyklika Laudato si'. Rom.
- ZdK (2015). Für ein faires und zukunftsorientiertes Freihandelsabkommen – Wichtige Anforderungen an TTIP, link: <https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Fuer-ein-faires-und-zukunftsorientiertes-Freihandelsabkommen-Wichtige-Anforderungen-an-TTIP-230f/>

## Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Was lange währt, wird endlich gut?!

**Alle sieben Jahre wird die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) neu diskutiert. Nicht nur aufgrund der Tatsache, dass es sich um den finanzstärksten Fördertopf der EU handelt, ist die Ausgestaltung von großer Bedeutung. Sondern auch, weil die GAP einen wichtigen Anteil an einem zukunftsfähigen Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen hat. Ab 2021 hätte die neue Förderperiode beginnen sollen. Allerdings konnte der von der EU-Kommission 2018 vorgelegte Entwurf vor der Europawahl im vergangenen Jahr nicht mehr verabschiedet werden, sodass nun schon seit längerem die anstehende Reform diskutiert, kritisiert und verschoben wird. Die Bundesregierung hat sich unterdessen vorgenommen, innerhalb der Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft die Reform zu beschließen und sie auf ihren Weg zu bringen.**

Diesem Ziel ist die Bundesregierung bereits einen kleinen Schritt näher gekommen. So haben sich die EU-Agrarminister\*innen unter Leitung von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner Mitte Oktober auf eine Verhandlungsposition für die von November bis Dezember stattfindenden Trilog-Verhandlungen geeinigt. Hierbei ist die besondere Bedeutung der Ökoregelungen für die angestrebte Erhöhung des Umweltambitionsniveaus der GAP hervorgehoben worden. Es wurde sich auf ein Mindestbudget von zwanzig Prozent der Direktzahlungsmittel für Ökoregelungen geeinigt. Doch der derzeitige Verhandlungsstand des Trilogs zeigt, dass die Erwartungen an eine zukunftsfähige GAP in den Detailfragen weit auseinandergehen. So erklärte Frans Timmermans, EU-Kommissar für Klimaschutz, unlängst, dass die Politik insgesamt mehr Anstrengungen für den Klima- und Umweltschutz unternehmen müsse.

### Herausforderung an uns alle

Die wissenschaftlichen Daten zu Ausmaß, Zusammenhängen und Folgen des Klimawandels haben sich in den letz-

ten zehn Jahren vervielfacht. Ebenso hat sich der weltweite Verlust an Biodiversität dramatisch fortgesetzt. Das ZdK hatte unter Mitwirkung der Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) bereits Anfang 2019 klargemacht, dass wir uns mit großen Schritten den planetaren Grenzen nähern, natürliche Ressourcen erschöpfen, unsere Ökosysteme zerstören und unsere Mitgeschöpfe verbrauchen und verdrängen. Damit Umwelt- und Klimaziele wie auch die soziale Situation von Landwirt\*innen und die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume im Blick bleiben, muss die GAP mutiger gedacht werden. Mut fordert auch ein Bündnis aus Jugendorganisationen aus der Land- und Ernährungswirtschaft und der Klimabewegung, dem sich die KLJB angeschlossen hat. Mit einem Offenen Brief an die EU-Kommission macht das Bündnis deutlich, dass die aktuelle Reform eine weichenstellende Entscheidung für die Zukunft der Landwirtschaft sein muss. Die GAP muss Klima, Umwelt und Biodiversität schützen und Landwirt\*innen fair für ihre gesellschaftlichen Leistungen entlohnen.

### Europäischer Grüner Deal

Mit dem Europäischen Grünen Deal, dem Fahrplan für eine nachhaltige EU-Wirtschaft, soll erreicht werden, dass bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt wird und niemand, weder Mensch noch Region, im Stich gelassen wird. Ein wichtiges Instrument für die Umsetzung der Ziele des Grünen Deals ist die GAP. Wie die derzeitigen Trends erkennen lassen, wird es allerdings keine leichte Aufgabe sein, die Zielvorstellungen des Grünen Deals in der Landwirtschaft zu erreichen. Zwar beschreiben die Biodiversitäts- und die „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie klare und greifbare Ziele, diese werden jedoch nicht in Gänze im jetzigen Entwurf der GAP berücksichtigt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie für den Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung der EU (AGRI) stellt heraus, dass für weitere wesentliche Reduzierungen der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft erhebliche Änderungen an den Verfahren und Systemen der Bewirtschaftung erforderlich sind. Auch der Verlust der biologischen Vielfalt lässt sich auf zunehmende Spezialisierung sowie ländliche Gegenden mit größeren Schlägen



zurückführen. Die Klima- und Umweltziele des Grünen Deals scheinen ohne eine wesentliche Änderung der GAP also nicht erreichbar zu sein.

## Gemeinsam statt einsam

Viele Landwirt\*innen sind der Politik voraus und tragen seit langem aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Für eine Systemänderung braucht es aber alle Landwirt\*innen. Seit vielen Jahren fußt die GAP auf flächenbezogenen Prämien. Diese haben auch dazu beigetragen, dass Bodenpacht- und Kaufpreise stark gestiegen sind, was häufig zu einem Durchreichen der Gelder an die Verpächter\*innen geführt und deshalb nur bedingt zur Einkommenssicherung beigetragen hat. Darüber hinaus ist nach den Extremwetterereignissen der letzten Jahre klar, dass die Klimakrise schon jetzt eine der größten Gefahren für das Überleben der landwirtschaftlichen Höfe bedeutet. Für die Neugestaltung der Landwirtschaft bedarf es öffentlicher Unterstützung sowie mutiger politischer Maßnahmen, mit denen die richtigen Anreize für Erzeuger\*innen geschaffen werden. Die GAP muss ihr großes Potenzial, Landwirt\*innen für ihre Leistungen im Bereich Klima-, Umwelt- und Tierschutz sowie beim Erhalt von Biodiversität zu honorieren, nutzen. So können öffentliche Gelder zielführend für gesellschaftliche Leistungen der Landwirt\*innen eingesetzt werden. Klein- und mittelstrukturierte Betriebe gehören darüber hinaus in den Fokus. Doch das nützt alles nur wenig, wenn nicht auch Verbraucher\*innen bereit sind, für Produkte höherer Qualität mehr zu bezahlen und auch die eigene Ernährungsweise auf gesündere und mehr pflanzliche Produkte zu orientieren. Handelsunternehmen dürfen ebenso wenig beim Preis weggucken. Wenn zu niedrige Marktpreise vorherrschen, lohnt sich für die Landwirt\*innen die Ernte nicht. Dies ist nicht nur ein ethisches, sondern auch ein ökologisches und ökonomisches Problem. Niedrigstpreise spiegeln nicht annähernd den Wert der Pflanzen und Tiere und der Arbeitsschritte bis zum Enderzeugnis wider. Faire Preise für qualitativ hochwertige Lebensmittel sind der Dreh- und Angelpunkt. Hohe Qualität bedeutet auch hohe ökologische und soziale Standards in der Erzeugung und Verarbeitung.

## Eine GAP, die ihren Namen verdient

EU-Parlament, -Rat und -Kommission sollten sich auf eine Agrarpolitik „einigen, die den hohen gesellschaftlichen Erwartungen in Bezug auf Klimaschutz, Schutz der biologischen Vielfalt, ökologische Nachhaltigkeit und ein gerechtes Einkommen für die Landwirt\*innen gerecht wird.“ Den Mitgliedsstaaten wird ein größtmöglicher Spielraum für die Umsetzung der Maßnahmen gegeben. Das ist für die sehr unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnisse sehr gut, doch die Wirksamkeit einer gemeinsamen Agrarpolitik ist gebunden an die enge Verknüpfung mit den nationalen Strategieplänen. Hierfür bedarf es Regelungen, wie die Erreichung der Ziele überwacht und welche Korrekturen vorgenommen werden, falls Fortschritte ausbleiben. Alle Mitgliedsstaaten müssen bei dieser großen Aufgabe an einem Strang ziehen.

## Wie es weiter geht

Während die deutsche Ratspräsidentschaft, wie anfangs schon aufgegriffen, am liebsten noch bis Ende des Jahres ein Ergebnis präsentieren würde, rechnen Beobachter\*innen mit einem Kompromiss im Frühling 2021. Dennoch ist es wichtig, nichts übers Knie zu brechen und die Ausrichtung des jetzigen Entwurfs zur GAP zu hinterfragen. Bei der anstehenden GAP-Entscheidung geht es um mehr als nur die Verteilung von Geldern, es geht um eine lebenswerte Zukunft unserer Generation und der nachfolgenden Generationen auf diesem Planeten. In der zuvor genannten Studie (AGRI-Ausschuss) ist klar benannt, dass es möglich ist, die Landwirtschaft der EU mit den Zielvorgaben des Grünen Deals in Einklang zu bringen. Es braucht dazu jedoch eine Politik für die gesamte Lebensmittelwertschöpfungskette. Anders gesagt muss die klimatische und ökologische Dimension der GAP gestärkt werden, während die GAP selbst in den Rahmen einer zielgerichteteren und globalen Lebensmittelpolitik eingebunden werden muss.

| Sarah Schulte-Döinghaus

Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands

## Stark und kreativ angesichts der Krise

Katholische Erwachsenenbildung in Deutschland unter Corona-Bedingungen

**In den letzten Monaten hat die katholische Erwachsenenbildung vielerorts gezeigt, was sie kann: von gleich auf jetzt digitale Formate entwickeln, Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche ebenso wie Teilnehmende für digitale und hybride Veranstaltungssettings fitmachen, Hygienekonzepte für ständig wechselnde Coronabekämpfungsverordnungen entwickeln, virtuell und analog Präsenz zeigen, Homeoffice und digitale Kollaborationskonzepte entwickeln und umsetzen – die Menschen und Einrichtungen in der katholischen Erwachsenenbildung haben in vielerlei Hinsicht und auf vielen Ebenen Resilienz und Innovationskraft gezeigt. Doch das ist nur eine Seite der Medaille: Professor Bernd Käßlinger, der seit Ausbruch der Pandemie deren Folgen für die Weiterbildung erforscht<sup>1</sup>, fasst die relevanten Phänomene anhand dreier Schlüsselbegriffe „Disruptor“, „Beschleuniger“ und „Brennglas“ zusammen.**

Die Corona-Krise zeigt sich einerseits als **Disruptor**, weil sich massive Einschnitte mit weitreichenden Folgen zeigen. Weiterbildungseinrichtungen mussten während des Lockdowns schließen, viele haben ihre Arbeit nur in Teilen wieder aufgenommen. Das hängt mit vielerlei Faktoren zusammen: Viele Lehrende sind Angehörige der Risikogruppe, in vielen Bereichen spricht öffentliche geförderte Weiterbildung vor allem ältere Teilnehmende an. Die sind ebenfalls oft potentiell gefährdeter und zurückhaltender in Hinblick auf Teilnahmen. Anders sieht es aus in Bezug auf berufliche und Familienbildungsangebote. Hier sind die Teilnehmenden meist deutlich jünger. Aber gerade bei letzteren geht es um besonders körpernahe Angebote, die vielerorts untersagt sind aufgrund der Coronavorschriften. Eine große Herausforderung für die Weiterbildungsinstitutionen ist die Raumknappheit:

Im Sommer konnte draußen unterrichtet werden oder in den großen Kirchenräumen. In den kälteren Jahreszeiten ist das nicht möglich. Kirchliche Gemeindezentren werden inzwischen häufig von Ehrenamtlichen betreut. Für diese sind die weitreichenden Hygienekonzepte in dem Umfang, in dem sie für Erwachsenenbildung umzusetzen wären, kaum realisierbar. Dort, wo sie zentral von Diözesen verwaltet werden, kam es aus Angst vor Infektionen häufig zu Beschlüssen, die alle Veranstaltungen außer Gottesdienste untersagen. Das ist extrem bedauerlich, nachdem es durch aufwändige Interessensvertretungsaktivitäten in vielen Bundesländern gelungen ist, die Weiterbildung den anderen Bildungssäulen gleichzusetzen und eine Öffnung der Einrichtungen unter achtsamen Hygienekonzepten durchzusetzen. Vor allem aber halten sich die Teilnehmenden zurück. Natürlich gibt es ein Bedürfnis nach Nähe, und Erwachsenenbildung hat gerade in diesen schwierigen Zeiten den Menschen vieles zu bieten, das helfen kann, sich neu auf- und auszurichten. Aber die meisten Menschen sind ängstlich geworden, was vermeidbare soziale Kontakte betrifft und sehr vorsichtig, was finanzielle Ausgaben betrifft. Die wirtschaftlichen Folgen all dessen für die Weiterbildungseinrichtungen sind massiv.

### Beschleuniger

In der Delphi-Studie wird die Corona-Krise von den Befragten zudem als **Beschleuniger** eingeschätzt. Viele Weiterbildungseinrichtungen haben enorme Fortschritte in der Digitalisierung ihrer Angebote gemacht. Es wurden Qualifizierungsangebote für Lehrende und Planende entwickelt und umgesetzt. Es wurden zahlreiche neue Bildungsformate entwickelt, die komplett digital oder hybrid realisiert werden. Aber es lassen sich nicht alle Bildungsmaßnahmen gleichermaßen digitalisieren und es lassen sich auch nicht alle Zielgruppen durch digitale Angebote gleich gut erreichen.

Aber natürlich hat sich auch die Kollaborations- und Konferenzkultur entscheidend verändert, die Verantwortlichen in der Erwachsenenbildung konferieren inzwischen

<sup>1</sup> <https://www.uni-giessen.de/ueber-uns/pressestelle/pm/pm144-20auswirkungencoronakriseaufweiterbildung>

selbstverständlich über Zoom, während sie gleichzeitig in Arbeitsgruppen auf einem Miroboard (kollaboratives interaktives Whiteboard) kooperieren. Projekte werden virtuell auf Trello (digitales Projektmanagementtool) oder Miro geplant und gesteuert und die Geschäftsstellenorganisation und -kommunikation wird über Slack (virtuelle Channel-basierte Kommunikationsplattform) abgewickelt. Das führt zu enormen digitalen Kompetenzzuwächsen, erfordert aber auch die Achtsamkeit, bei diesen Geschwindigkeiten niemanden aus dem Blick zu verlieren und genügend Fantasie aufzuwenden, die o. g. praktischen Tools (oder auch ganz andere) kulturadäquat anzupassen und zu nutzen. Am Ende des Tages geht es doch darum, dass das, was katholische Erwachsenenbildung ausmacht, auch (wieder)erkennbar ist.

## Brennglas

Zum Dritten wirkt die Coronakrise wie ein **Brennglas** in dem Sinne, dass grundsätzliche Schwächen der Weiterbildung noch deutlicher in den Fokus geraten. Die Weiterbildung gilt als vierte Säule des Bildungssystems in Deutschland neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule. Anders als die Finanzierung der anderen drei Säulen ist die finanzielle Absicherung der Weiterbildung fragil. Die konkrete Ausgestaltung unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Sie ist abhängig von einer Reihe von Faktoren, wie z. B. Weiterbildungsgesetzgebungen, Landes- und Trägerzuschüssen etc. Was jedoch in allen Bundesländern gleich ist, ist die Tatsache, dass die öffentliche Finanzierung der Weiterbildung im Vergleich zu den anderen Säulen mangelhaft ist, Parlamente und Ministerien sich für sie weniger verantwortlich fühlen. Das hat in der Pandemiesituation katastrophale Folgen.

Es gibt außer in der einen oder anderen Projektförderung keine Infrastrukturförderung. Das rächt sich spätestens jetzt. Natürlich ist Weiterbildung Ländersache, aber dennoch hat der Bund gemeinsam mit den Ländern einen Digitalpakt für die Schulen auf den Weg gebracht und sich um den entsprechenden Ausbau der Hochschu-

len gekümmert. Ein solcher nationaler Digitalpakt für die Weiterbildung ist dringend erforderlich, wird zurzeit aber mit Hinweis auf Nichtzuständigkeit von der Bundesebene abgewiesen. Die Ungleichbehandlung setzt sich auch in anderen Bereichen fort: Während Lehrende in (Hoch-) Schulen zu Pandemiezeiten über feste Anstellungs- und Beamtenverträge abgesichert sind, arbeiten Lehrende in der Erwachsenenbildung vor allem als Freiberufliche oder in unsicheren befristeten Projektverträgen. Die Pandemie hat für viele von ihnen die unmittelbare Einmündung in Hartz IV bedeutet. Entsprechende „Rettungsschirme“ wie etwa das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SoDEG) passen für sie oft nicht, weil sie beispielsweise keine eigenen Räume oder außer ihrem Arbeitslohn meist keine Betriebskosten haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nun wichtig, wie die Bundesvorsitzenden der KEB Deutschland und der Evangelischen Erwachsenenbildung Deutschland kürzlich in einer gemeinsamen Stellungnahme betonten, dass die konfessionellen Erwachsenenbildungsinstitutionen von ihren Kirchen Rückendeckung erfahren. Personalstellen und Lernorte müssen erhalten bleiben, Gemeinderäume geöffnet und Digitalisierungsanstrengungen unterstützt werden. Auch von politisch Verantwortlichen in Parlamenten und Ministerien ist ein klares Bekenntnis zur öffentlich verantworteten allgemeinen Weiterbildung unverzichtbar. Ein Bekenntnis, das sich in der finanziellen und infrastrukturellen Förderung der Weiterbildungseinrichtungen zeigen muss und in einem engagierten Bemühen, die Benachteiligung der Weiterbildung als vierte Säule des deutschen Bildungssystems gegenüber Schule, beruflicher Bildung und Hochschule überwindet. Zum Beispiel durch einen Digitalpakt für die Weiterbildung und einen Corona-Rettungsschirm, der auch für die öffentlich geförderte Weiterbildung passt.

| Elisabeth Vanderheiden

Bundesvorsitzende der Katholischen  
Erwachsenenbildung Deutschland (KEB)

## Mehr was feiern wir und weniger wie ...

**Die Dramaturgie von Hell und Dunkel, die in der Feierkultur der Weihnacht auch heute noch eine bedeutende Rolle spielt, hat eine Wurzel in der Wintersonnenwende und mit ihr verbunden in überlebensrelevanten Mechanismen unserer Vorfahren, die noch nicht in der Lage waren, die reale Nacht durch künstliches Licht taghell zu beleuchten.**

Schon in der Antike waren auf der Nordhalbkugel die zunehmenden hellen Stunden des Tages Grund zu feiern. Auch deshalb, weil die Kräfte der dunklen Mächte bei zunehmendem Tageslicht mehr und mehr zurückwichen. Ein solcher Antagonismus, besonders in der Deutung des Widerstreits, findet sich im 1. Brief an die Thessalonicher: „Ihr seid ja alle ‚Söhne und Töchter des Lichts‘ und ‚Söhne und Töchter des Tages‘; wir gehören nicht der Nacht noch der Finsternis“ (1 Thess 5,5).

Auch die Kindheitsgeschichte Jesu ist eingetaucht in diesen Gegensatz: Der Flucht Jesu nach Ägypten ging die Gefährdung des „leuchtenden“ Miteinanders der Heiligen Familie voraus (Krippe), bewirkt durch dunkle, die Heilige Familie bedrohende Mächte (Herodes). Einen solchen Gegensatz erleben wir in diesem Jahr gefühlt ähnlich: Das alles auf Distanz haltende Dunkel der kontaktreduzierenden Corona-Pandemie bedroht die Pflege der lichtdurchfluteten Weihnachtstradition. Diese Dunkelheit betrübt und kann Angst machen, sicher bringt sie sehr viel Einsamkeit hervor und stellt manche Familie vor Zerreißproben.

Doch auch in dieser Dunkelheit kann die Suche nach Licht Erleuchtung bringen. Und zwar, wenn wir uns nicht nur ängstlich fragen, **wie** unter Corona-Bedingungen Weihnachten gefeiert werden kann,

sondern uns auch die rückbesinnende Frage gönnen, **was** wir da feiern unter Corona-Bedingungen.

Die christliche Glaubenspräsenz, in die hinein auch die Antwort auf die Frage nach dem, was wir feiern, gestellt wird, ist in unseren Breiten unterschiedlich verdichtet. Das Familienfest, das oft nur den Kosenamen „Weihnachten“ trägt, hat in weiten Kreisen unserer Gesellschaft schon längst reduzierten Glaubenshintergrund oder auch gar keinen mehr. Das ist ernst zu nehmen, genauso wie die Erkenntnis, die so manchen „irgendwie immer schon christlich daherkommenden“ Heiligabend ereilen kann: Gott ja, den gibt es, aber Gott Mensch geworden, ist das nicht ein Produkt der ewigen Hoffnung des Menschen, schlechthin sein Leben überleben zu wollen? In der Schöpfung, in all dem, was uns umgibt, einen Schöpfergott zu spüren, zumindest aber ihn hineinzuerklären, ist akademisches Blumenpflücken. Der Fakt aber, dass Gott Mensch wird, ist nur in seiner radikalen Akzeptanz zu „haben“ – und das ist es, was wir feiern! Die Antwortsuche auf das „Was“ provoziert die „alte“ Erkenntnis, dass die Feier der Geburt Jesu mit Krippe und Stall sich aus der Perspektive Gottes anders darstellt: Die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus ist von ihm aus betrachtet erst einmal eine Trennung. Gott erzählt von sich in der Menschwerdung seines Sohnes, in der er ihn loslässt. Gott lässt los, wen er liebt. So ist biblisch überliefert: „Der in Gestalt Gottes war, machte sich selbst zu nichts und nahm Knechtsgestalt an, indem er den Menschen gleich geworden ist und der Gestalt nach wie ein Mensch befunden ...“ (vgl. Phil 2,6f).

Dieses „Was“ hat sich im Lauf der Zeit in dem Bild familiärer Zusammenghörigkeit entfaltet und ist zum Familienfest mutiert. Aber die Perspektive Gottes geht in diesem Bild nicht auf. Trotzdem wird jedes Jahr neu die die Menschwerdung Gottes umgebende Faszination eingepackt in weihnachtliche Sehnsucht nach Familie. Nichts gegen dieses Fest, aber die Faszination, das Staunen über das Unfassbare bedarf der eigenen Vergegenwärtigung und somit „vorweihnachtlicher“ Präsenz, auch in Corona-Zeiten.

Die Glaubenden sind in diesen Tagen aufgerufen, dieser ihrer Faszination, insofern sie von ihr sprechen können und möchten, in unserer Gesellschaft Präsenz zu schenken. Die Faszination von der Menschwerdung Gottes braucht ihren eigenen Raum, der da entsteht, wo von ihr gesprochen und erzählt wird, wo sie in Stille ausgehalten wird oder wo sie in liturgischer Konzentration gefeiert werden kann. Wer seiner Faszination von der Menschwerdung Raum schenkt, hat das Licht der Weihnacht in den Augen.

| **Christoph Stender** |

Geistlicher Rektor im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)